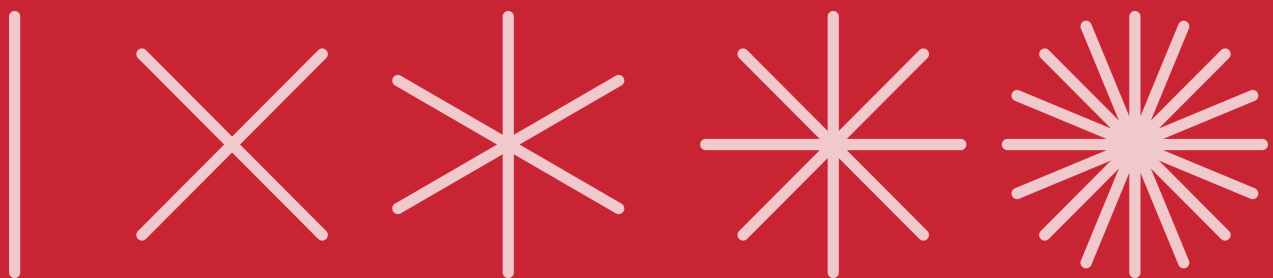


Die Klimakrise: eine soziale Frage



(transformation)

SCHWERPUNKT

Sozial-ökologische
Transformation

GLOBALE GERECHTIGKEIT

Klimakrise verstärkt
soziale Probleme

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

High-Tech mitverant-
wortlich für Klimakrise

ksoe blog

Alternatives Wirtschaften
Führung & Partizipation
Soziale Gerechtigkeit

Sie möchten über das Erscheinen
des neuesten blog-Beitrags immer
aktuell informiert sein?

ksoe blog abonnieren unter
<https://blog.ksoe.at>

weitere Dossiers

Auf unserer Website finden Sie alle
ksoe Dossiers zum Herunterladen, z.B.

- 1/2020 Führung und Verantwortung in
Organisationen
- 2/2019 sozial verantwortlich
Zukunft gestalten
- 1/2019 digital + geschlechtergerecht
- 1/2018 zeitsouverän oder flexibel?

[https://www.ksoe.at/angebote/
publikationen/dossiers](https://www.ksoe.at/angebote/publikationen/dossiers)

Impressum und Offenlegung nach § 25 MedienG

Medieninhaberin und Herausgeberin:
Katholische Sozialakademie Österreichs
Schottenring 35/DG, A-1010 Wien, vertreten durch
Dr. Markus Schlagnitweit, Direktor und Dr. Julien
Fenkart, Direktor.

Herstellerin: Medienfabrik Graz GmbH,
Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Herstellungsort: 8020 Graz
Verlagsort: 1010 Wien

Blattlinie:
Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen
Sozialakademie Österreichs zu Fragen des
gesellschaftlichen Lebens entsprechend dem in
ihrem Statut definierten Auftrag und den Kriterien
der Sozialdokumente des kirchlichen Lehramtes.

Es werden keine Beteiligungen an Medienunter-
nehmen oder Mediendiensten gehalten.

Heftredaktion:
Daniela Ebeert, Markus Blümel,
Bernhard Leubolt, Markus Schlagnitweit

Grafische Produktion: Ulrike Faltin

Alle: Schottenring 35/DG, 1010 Wien
Tel. +43-1-310 51 59, redaktion@ksoe.at

Grafikdesign: Christoph Almasy, www.almasy.at

Papier: chlorfrei gebleichtes Biotop 3; Nachdruck
mit Quellenangabe (ksoe) gestattet.

Bildnachweis:

Titelbild, S.4: shutterstock
S.3: ksoe
S. 8: alle AK Wien
S.9 oben: unsplash_Markus Spiske
S.9 unten: ksoe
S. 11: unsplash_evTom
S. 13: AK Wien
S. 15: Greenpeace
S. 16: shutterstock
S. 17: Privat
S. 19: unsplash_Markus Spiske
S. 21: unsplash
S. 24: unsplash_Brooke Cagle
S. 25: Leo Zoltan
S. 26: Greenpeace_Cmitja Kobal
S. 27: Armutskonferenz

Die Klimakrise: eine soziale Frage

4	Die sozial- ökologische Frage duldet keinen Aufschub	16	praxis_nah
9	Dialogues 4 future	18	Klimapolitik für Armutsbetroffene
10	Globale Gerechtigkeit in der Klimakrise	23	Können wir beim Einkaufen die Welt verändern?
13	degrowth - Pro & Contra	26	punkt_genau
14	Künstliche Intelligenz: eine sozial-ökologische Frage		

EDITORIAL



**Markus
Schlagnitweit**
Direktor der ksoe

Im Frühjahr 2021 jährt sich das Erscheinen der ersten päpstlichen Sozialenzyklika „Rerum novarum“ zum 130. Mal. Pp. Leo XIII. verstand sein Schreiben als kirchliche Antwort auf die damals zentrale „Soziale Frage“ der gesellschaftlichen Integration der Industriearbeiterschaft. Wir sind zu diesem Anlass der Frage nachgegangen, unter welchen Vorzeichen die „Soziale Frage“ heute zu formulieren sei.

Besonders drängend scheint es uns, sie in den Kontext der globalen Klimakrise zu stellen. Pp. Franziskus hat bereits 2015 in seiner Sozialenzyklika „Laudato si“ deutlich gemacht, dass die ökologische Krise dieser Welt auch eine soziale Krise ist und eine Lösung nur gefunden werden kann, wenn der Ruf nach einer wirtschaftlichen und politischen Wende im Zeichen ökologischer Nachhaltig-

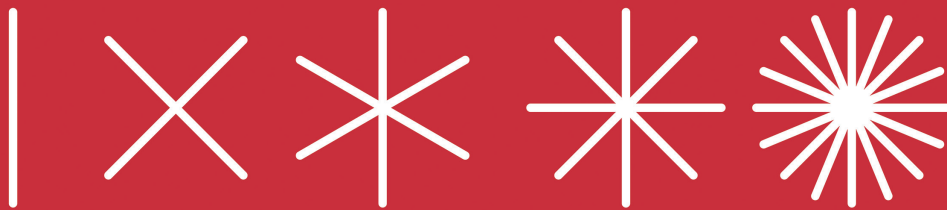
keit auch deren soziale Dimensionen und Implikationen integriere und so einen ganzheitlichen Nachhaltigkeitsbegriff entwickle.

Die Beiträge dieses Dossiers stehen ganz im Zeichen dieses Anliegens: Sie beleuchten Nachhaltigkeits-Politiken ebenso wie entsprechende technologische Lösungsansätze auf globaler, nationaler und lokaler Ebene und befragen sie kritisch in Hinblick auf ihre sozialen Auswirkungen und u.U. sogar neue Verwerfungen.

Deutlich wird herausgearbeitet, dass gerade auch unter dem enormen Handlungsdruck der weltweiten Klimakrise Fragen der sozial gerechten Umsetzung von Klimapolitik kreative Antworten brauchen, damit der nötige wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Wandel eine Chance auf Erfolg hat.

SCHWERPUNKT

Die sozial-ökologische Transformation duldet keinen Aufschub



(transformation)

Sollen dystopische Zukunftsszenarien, wie sie die Klimawissenschaft seit Jahren beschreibt noch einmal abgewendet werden, braucht es eine grundlegende Veränderung der energetischen Basis unserer Wirtschaft.

Die Klimakrise und ihre Folgen stellen eine der größten Herausforderungen der bisherigen Menschheitsgeschichte dar. Die Art und Weise, wie wir produzieren, konsumieren und Wohlstand definieren, führt dazu, dass wir unsere eigene Lebensqualität und die der uns nachfolgenden Generationen aufs Spiel setzen. Sollen dystopische Zukunftsszenarien, wie sie die Klimawissenschaft seit Jahren beschreibt und wie man sie aus Hollywood kennt, noch einmal abgewendet werden, braucht es eine grundlegende – sozial-ökologische – Transformation der energetischen Basis unserer Wirtschaft. Diese wird aber nur in einem gemeinsamen Kraftakt gelingen. Im Klimaabkommen von Paris haben sich fast alle Staaten der Welt dazu verpflichtet, in einer gemeinsamen Anstrengung den Klimawandel zu bekämpfen und einzudämmen. Für die EU zählt die Bekämpfung des Klimawandels zu den wichtigsten politischen Zielen. Neben Maßnahmen zur Anpassung an die bereits ersichtlichen Auswirkungen der ökologischen Krise, wie Hitzewellen, Überschwemmungen, Dürren und Waldbrände, braucht es eine wesentlich größere Anstrengung zur Eindämmung des Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase. Wie kann das sozial verträglich in dem vergleichsweise kurzen zur Verfügung stehenden Zeitfenster gelingen?

Ökologische Krisen und planetare Grenzen

Seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts untersuchen WissenschaftlerInnen rund um den Globus die globalen Umweltveränderungen. Die Erkenntnisse der Forschung wurden dabei immer eindeutiger und klarer. Aufgrund der immensen Auswirkungen des menschlichen Lebens auf die Erde wird unser Zeitalter bereits als „Anthropozän“ bezeichnet. Die Übernutzung der natürlichen Ressourcen (bspw. durch Flächenumwandlung oder Überfischung) und der Senken (Verschmutzung von Luft, Böden und Wasser) überstrapaziert unseren Lebensraum in einem solchen Ausmaß, dass es zu einem Kollaps der Ökosysteme kommt. Die natürlichen Kapazitäten der Ökosysteme, die den Handlungsspielraum für menschliche Handlungen auf der Erde festlegen, haben ForscherInnen rund um Johan Rockström und Will Steffen als „planetare Grenzen“ bezeichnet. Die WissenschaftlerInnen definierten in ihren Arbeiten neun planetare Belastungsgrenzen. Nach Aktualisierung und Überarbeitung der ursprünglichen Ergebnisse kamen sie zu dem Schluss, dass mittlerweile vier dieser neun Grenzen massiv überschritten werden: Das be-

trifft das Artensterben, den durch den Menschen verursachten Klimawandel, die Flächenumwandlung sowie die Stickstoff- und Phosphorbelastung der Böden.

Der westliche Lebensstil im globalen Kapitalismus bzw. die „Imperiale Lebensweise“, wie Ulrich Brand und Markus Wissen die Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Zusammenhang nennen, führt demnach zu einem Bedrohungsszenario für die ökologische Tragfähigkeit unseres Planeten. Die ökologische Ökonomie, allen voran die britische Ökonomin Kate Raworth, schlägt angesichts dessen als Kompass für sozialen Fortschritt im 21. Jahrhundert vor, das Konzept der planetaren Grenzen mit den sozialen Aspekten der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung zu verbinden. So sollen die Handlungsspielräume bzw. der „Raum für eine prosperierende menschliche Entwicklung“ (der sogenannte Doughnut, siehe Abbildung 1 – grüner Ring) ausgelotet und nachvollziehbar dargestellt werden. Nach Raworth ist es vorrangige Aufgabe der Politik, die sozialen Bedürfnisse (politische Teilhabe, soziale Gerechtigkeit, Versorgung mit Wohnraum, Nahrung, Energie, Wasser etc.) innerhalb der planetaren Grenzen zu befriedigen.

Die Klimakrise: Eine soziale Frage!

Diese Darstellung zeigt deutlich, dass Wirtschaft und materieller Wohlstand nicht ohne ihre gesellschaftlichen und ökologischen Voraussetzungen gedacht werden können. Die Produktion und der Konsum von Gütern und Dienstleistungen sind vielmehr in ein soziales Gefüge eingebettet, welches wiederum auf das Funktionieren der Ökosysteme angewiesen ist. Dabei wirkt sich die Klimakrise je nach Herkunft und gesellschaftlicher Position unterschiedlich auf Menschen aus. Darauf weist unter anderem der US-amerikanische Ökonom James Boyce mit seinen Arbeiten zu umweltbezogener Ungleichheit hin. Hitze, Überschwemmungen, die Belastung mit Luftschadstoffen und Lärm treffen auf ein soziales Gefüge, welches wesentlich durch die Ungleichheit an Einkommen, Vermögen und Chancen strukturiert ist. Damit stellen sich automatisch Fragen einer gerechten Verteilung von Lasten und Nutzen. Denn jene, die von den materiellen Segnungen des globalen Kapitalismus überproportional durch hohe Einkommen und ein hohes Vermögen profitieren, sind oftmals nicht jene, die unter den Folgen von Umweltverschmutzung und Klimaveränderung zu leiden haben.

Einen gerechten Übergang gestalten – aber wie? In der internationalen akademischen und ge-

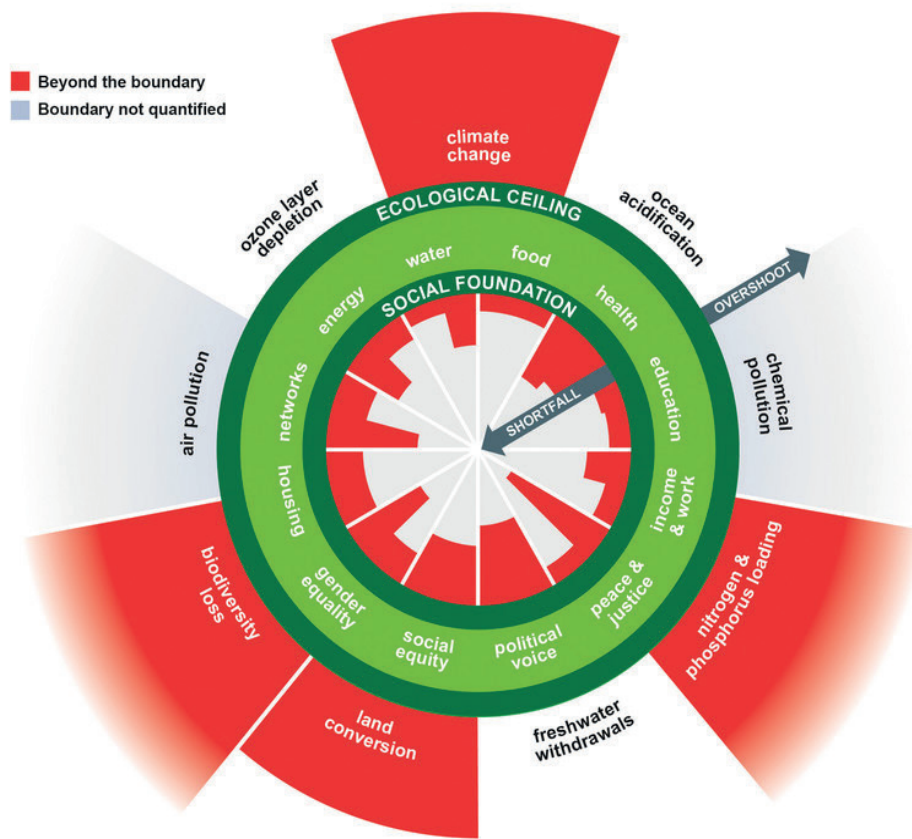


Abbildung 1: Die Doughnut-Ökonomie; Q: Raworth, K. (2017) Doughnut economics: seven ways to think like a 21st-century economist. Chelsea Green Publishing.

werkschaftlichen Debatte zur Klimapolitik bezeichnet man wirtschaftspolitische Programme, die eine gerechte Gestaltung des notwendigen Strukturwandels zum Ziel haben, als Konzepte einer „Just Transition“ bzw. eines „gerechten Übergangs“. Seit einigen Jahren arbeiten zivilgesellschaftliche Initiativen und die Gewerkschaftsbewegung an konkreten Maßnahmen und Projekten, die dazu beitragen sollen. Erste Versuche der politischen Implementierung sind bereits zu erkennen – sowohl lokale Initiativen, insbesondere in Kohleregionen, aber auch programmatische Ansätze auf nationaler und internationaler Ebene. So positionieren Konzepte eines „Green New Deals“, wie bspw. jene von Ann Pattifor oder Naomi Klein, die Idee eines gerechten Übergangs zentral in ihren wirtschaftspolitischen Programmen. Auch die EU stellt mit dem sogenannten „Just Transition Fund“ im Rahmen des „European Green Deal“, der Wachstumsstrategie der aktuellen Kommission, erstmals Mittel für gezielte Maßnahmen in vom klimapolitisch bedingten Strukturwandel besonders betroffenen Regionen bereit. Gleichmaßen wird in den USA von progressiven politischen Kräften ein Green New Deal in die Diskussion eingebracht. Vorgeschlagen von einer demokratischen Abge-

ordneten zum Repräsentantenhaus, Alexandria Ocasio-Cortez, zielt auch er nicht nur auf eine umweltpolitische Wende ab, sondern denkt Klimaschutz wirtschafts- und gesellschaftspolitisch weiter. Gefordert wird dabei der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere der Gesundheitsvorsorge, der massive Ausbau erneuerbarer Energien und ein gesetzlich verankertes „Recht auf Arbeit“. Vom Strukturwandel betroffene Beschäftigte sollen also durch aktive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik unterstützt werden.

Jenseits der CO₂-Steuer: ein Bündel an Maßnahmen

Damit der Übergang zu einer klimaneutralen EU im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris gemeistert werden kann, muss der Einsatz fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) immer weiter verringert werden. Die in EU-Zielen festgeschriebene Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau erneuerbarer Energieträger spielen dabei eine wichtige Rolle, aber auch der Energieverbrauch selbst muss verringert werden. Es gilt, diesen

Prozess gerecht und im Sinne der ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen zu gestalten. Nachteilige Auswirkungen, insbesondere auf einkommensschwache Gruppen, müssen abgemildert werden. Das positive Potenzial, das in der Transformation steckt, ist dem gegenüber aktiv im Sinne einer gerechteren Gesellschaft zu nutzen. Für eine wirksame und sozial gerecht ausgestaltete Verminderung der Treibhausgasemissionen braucht es die sinnvolle Kombination sämtlicher Instrumente der Umweltpolitik – von Investitionen über Ge- und Verbote bis zu steuerlichen Maßnahmen und Bewusstseinsbildung.

Beispiel Verkehr

Ein besonderes Sorgenkind der österreichischen Klimapolitik ist der Verkehrssektor. In diesem Bereich sind seit 1990 die bei weitem größten Zuwächse an Emissionen zu verzeichnen. Soll die Klimakrise wirksam bekämpft werden, sind gerade hier tiefgreifende Änderungen erforderlich.

Zunächst ist der öffentliche Verkehr zu stärken. Dafür braucht es nicht nur deutlich mehr Angebot auf der Bahn und eine ausreichende Finanzierung der sogenannten Verkehrsdiensleistungsverträge in den Ländern. Gerade im ländlichen Raum sind praxistaugliche Alternativen zum Pkw zu entwickeln. Diese umfassen nicht nur gut abgestimmte öffentliche Verkehrsträger und eine ausreichende Zahl an Park&Ride-Anlagen und E-Ladestationen, sondern auch den Ausbau des Radwegenetzes sowie die Schaffung von alltagstauglichen und auf die besonderen Herausforderungen des jeweiligen Ortes maßgeschneiderten Mikro-ÖV-Angeboten. Nur dort, wo der öffentliche Verkehr (ÖV) gut ausgebaut ist, kann der Autoverkehr reduziert werden. Das fördert nicht nur den Klimaschutz, sondern trägt durch die Reduktion von Lärm und Luftschadstoffen sowie die Rückgewinnung des öffentlichen Raums auch zur Lebensqualität der Menschen in ihrem Wohn- und Arbeitsumfeld bei. Tempolimits sollten als Klimaschutz- und Verkehrssicherheitsmaßnahme strenger kontrolliert und schrittweise gesenkt werden. Auch klare Vorgaben im Bereich der City-Logistik und die Umsetzung eines verpflichtenden betrieblichen Mobilitätsmanagements in größeren Betrieben wären zielführend.

Gerade beim Verkehr sind auch steuerliche Maßnahmen ein Thema. Konkret geht es darum, die Bahn als Mobilitätsalternative

nicht nur auszubauen, sondern auch preislich attraktiver zu machen – zum Beispiel durch eine Streichung der Umsatz- und Energiesteuerprivilegien für die internationale Luftfahrt oder eine flächendeckende Lkw-Maut. Auch das Pendlerpauschale muss einfacher, gerechter und ökologischer werden. Die Umstellung auf einen Absetzbetrag würde die jetzige Bevorzugung der BesserverdienerInnen beenden, ein ÖV-Bonus für Beschäftigte, die mit dem öffentlichen Verkehr in die Arbeit fahren, einen Anreiz für eine stärkere ÖV-Nutzung setzen. Höhere Treibstoffsteuern (zB die Abschaffung des Dieselprivilegs oder eine allgemeine CO₂-Steuer) könnten helfen, den Tanktourismus zu reduzieren, der für rund ein Viertel der Verkehrsemissionen und einen Teil des Anstiegs seit 1990 verantwortlich ist. Die Rückerstattung der Steuereinnahmen über einen Ökobonus kann die negativen Verteilungseffekte solcher Maßnahmen abfedern, viele Klein- und MittelverdienerInnen verlieren aber trotzdem, etwa weil sie aus beruflichen Gründen ein zweites Auto brauchen. Hier braucht es zusätzliche Unterstützung und den oben angesprochenen Ausbau der Alternativen. Denn klar ist, dass ohne klimafreundliche Alternativen auch die höchste CO₂-Bepreisung keine Lenkungseffekte entfalten kann.

Beispiel Energieversorgung

Um daneben bei der Umstellung der Energieversorgung der Haushalte die Entstehung einer Zwei-Klassen-Energie-Gesellschaft zu verhindern, müssen die verteilungspolitischen Auswirkungen sämtlicher Maßnahmen von Anfang an mitbedacht werden. Nur so kann auch die nötige, breite gesellschaftliche Akzeptanz für die Energie- und Klimaziele sichergestellt werden. Dabei geht es gleichermaßen um die Verteilung der Kosten zwischen KonsumentInnen und Unternehmen, wie um die Verteilung zwischen den Haushalten.

Energie ist die Voraussetzung für die Deckung zahlreicher menschlicher Grundbedürfnisse und damit klar als Leistung der Daseinsvorsorge zu betrachten. Energiearmut ist entschlossen zu bekämpfen, Energieeffizienzmaßnahmen müssen besonders auch einkommensschwachen Haushalten zugutekommen. Im Strombereich müssen die Netzkosten und die Kosten der Ökostromförderung fair verteilt werden, der Ökostromausbau ist vermehrt durch die öffentliche Hand zu finanzieren (insbesondere der Ausbau der Photovoltaik).

Im Wärmebereich ist sicherzustellen, dass der Umstieg auf klimafreundliche Heizsysteme für alle Haushalte erschwinglich ist. Neben ordnungspolitischen Maßnahmen – ein klarer Fahrplan für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern – sind daher gezielte Fördermaßnahmen vorzusehen.

Beispiel Produzierende Industrie

Eine große Herausforderung ist auch die Industrie, der größte CO₂-Emittent in Österreich. Oft wird übersehen, dass die Fortschritte bei der CO₂-Reduktion in diesem Segment nur von den Energieversorgern erzielt wurden, die produzierenden Betriebe aber genauso viel emittieren wie 1990. Hier ist eine gezielte Forcierung nachhaltiger Produktionsmethoden und –technologien notwendig, zB der Einsatz von Wasserstoff in der Stahlproduktion. Dazu braucht es staatliche Förderungen, aber auch die Steuerseite. Kaum irgendwo sonst ist die eingesetzte Energie so niedrig besteuert wie in der Industrie. Hier sollten Nachschärfungen bei der Emissionshandelsrichtlinie und eine Ökologisierung der Energieabgabenvergütung überlegt werden. Dort, wo es im Rahmen der Transformation womöglich zu Strukturbrüchen und Arbeitsplatzverlusten kommt, etwa in der Autoindustrie und den ihr nachgelagerten Betrieben, braucht es eine gezielte Unterstützung und Re-Qualifizierung der Beschäftigten. Eine strategische Bedeutung kommt den Unternehmen im öffentlichen Eigentum zu. Sie können eine Vorreiterrolle darin übernehmen, gezielt klima- und beschäftigungspolitische Ziele in ihren Unternehmensstrategien gemeinsam zu verfolgen.

Politikfelder zusammendenken

Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen, vor die uns die Klimakrise stellt, verdeutlichen, dass für den Umbau und die Neuorientierung hin zu einer klimaverträglichen Wirtschaft ein umfassendes politisches Programm erforderlich ist. Politikfelder, die bisher oft noch getrennt voneinander bearbeitet werden, müssen gemeinsam gedacht werden, um geeignete Lösungen an den Schnittstellen von Bereichen wie Industrie-, Energie-, Innovations-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu finden. Orientierung geben hier nicht nur die UN-Ziele nachhaltiger Entwicklung, sondern auch die Diskussionen, wie sie aktuell um Konzepte wie den European Green Deal geführt werden.



D. Bernhofer



M. Soder



F. Wukovitsch

Dominik Bernhofer ist Ökonom und Leiter der Abteilung Steuerrecht in der AK Wien.

Michael Soder ist Ökonom und Sozioökonom in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien.

Florian Wukovitsch ist Referent für ökologische Ökonomie in der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.



Dialoges 4 Future

Die ksoe initiierte eine neue Reihe von Workshops gemeinsam mit dem Kardinal König Haus, der Pfarrcaritas der Erzdiözese Wien, der Katholischen Aktion der Erzdiözese Wien, dem Haus der Begegnung Eisenstadt sowie der Umweltbeauftragten der Diözese Graz-Seckau – finanziert von der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung.

Im Frühjahr 2021 finden in Eisenstadt, Graz, Stockerau und Wiener Neustadt Veranstaltungen statt, die jüngere und ältere Generationen zusammenbringen. Der Dialog über eine wünschenswerte Zukunft steht dabei im Zentrum der Betrachtung. Dieser Dialog ist wichtig, weil sein Ausbleiben - in Verbindung mit Zukunftspessimismus - die großen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts schwächt. Rückwärtsgewandte Sehnsüchte nach alten Werten, Geschlechterrollen, Hierarchien und abgeschotteten Lebenswelten haben oft zu wenig Konkurrenz durch lebensfreundliche Zukunftsbilder. „Social Distancing“, neue Formen gesellschaftlicher Vorschriften und Überwachung sowie steigende Arbeitslosigkeit als Begleiterscheinungen der Corona-Krise können solche Tendenzen verstärken.

Die von jungen Menschen getragene Bewegung für Klimaschutz brachte zuletzt neuen Schwung in die Auseinandersetzung um die Klimakrise. Gleichzeitig gibt es besonders bei der älteren Generation Ressentiments gegenüber vermeintlicher „Weltfremdheit“ und „Fortschrittsfeindlichkeit“ der Jüngeren, welche die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts zu selbstverständlich nehmen.

„Dialoges 4 Future“ stellt den generationenübergreifenden Dialog zu Mobilität in den Mittelpunkt. Das Projekt entwickelt dafür Räume und Formen, die Dialog und Austausch auf Augenhöhe zwischen Generationen fördern. Am konkreten Leben in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ansetzend, soll zum Thema werden, was gut war und ist: Um welche Bedürfnisse geht es eigentlich und wie können sie erfüllt werden? Vielleicht anders als bisher gelebt und gedacht. Sowohl die reichhaltigen Erfahrungen der älteren Generation als auch die frischen Ideen der jüngeren Generation bereichern den Dialog.

Die Termine der vier Veranstaltungen werden in Kürze auf der Website der ksoe kommuniziert: www.ksoe.at/termine



Bernhard Leubolt

ist Ökonom und Politikwissenschaftler und Mitarbeiter der ksoe. Forschungs- und Grundlagenarbeit zu Demokratie, Sozialstaat, Zukunft der Arbeit, sozio-ökologische Transformation.

Globale Gerechtigkeit in der Klimakrise:

Zentrale soziale Fragen haben eine internationale Dimension

Verheerendes Feuer ist Sinnbild für die Klimaerhitzung geworden: die Brände in Kalifornien und Sibirien 2020, in Australien 2019, die Feuer in Brasilien. Während die ersteren vor allem eine Folge der Klimaerhitzung sind, ausgelöst durch stark steigende Temperaturen und langanhaltende Trockenphasen, gehören die Brände im brasilianischen Teil Amazoniens im viel stärkeren Ausmaß mit zu den Klimatreibern. Mehrheitlich werden sie illegal gelegt und zerstören so viel Regenwald, dass sich diese für das globale Klima so wichtige CO₂-Senke rasant ihrem ökologischen Kipppunkt nähert.¹ Wissenschaftliche Prognosen sagen voraus, dass der Regenwald sich in eine Steppe verwandeln wird, sollten ca. ein Fünftel seiner Fläche vernichtet sein. Wir sind nicht mehr weit davon entfernt.

Klimakrise als Verstärker sozialer Probleme

Amazonien ist ein besonders brisantes Beispiel für ein weltweites Phänomen: Kleinklimata verändern sich, Klimazonen wandern, die lokale Bevölkerung gerät stark unter Druck, die Tier- und Pflanzenwelt passt sich an, wandert mit oder stirbt aus. Die weltweite Biodiversität hat jetzt schon dramatisch abgenommen.² Und natürlich gibt es gravierende Folgen für den Menschen, als Teil dieser Schöpfung. Naturgewalten kennen per se keine soziale Schere. Die Flut, der Sturm, die Brände, sie treffen jedeN: am Ende stehen alle vor ihrem überfluteten, zerstörten oder verbrannten Zuhause. Doch diese Unschuld der Natur trifft auf ein durch Menschen gestaltetes Gesellschaftsgefüge, das entscheidet, ob alle ähnlich oder eben doch sehr unterschiedlich vom Unglück betroffen sind. Und so lässt sich feststellen: die Phänomene der Klimakrise wirken eindeutig

als Verstärker für bestehende (weltweite) Ungerechtigkeit und soziale Probleme, die Gemeinschaften als Ganzes beeinträchtigen.

Erzwungene Migration in vielen Weltregionen

Papst Franziskus schreibt in seiner Enzyklika *Laudato si'* „Der Klimawandel ist ein globales Problem mit schwerwiegenden Umwelt-Aspekten und ernststen sozialen, wirtschaftlichen, distributiven und politischen Dimensionen; [...] Viele Arme leben in Gebieten, die besonders von Phänomenen heimgesucht werden, die mit der Erwärmung verbunden sind, und die Mittel für ihren Lebensunterhalt hängen stark von den natürlichen Reserven und den ökosystemischen Betrieben wie Landwirtschaft, Fischfang und Waldbestand ab.“ (LS 25)

Und genau das zeigt sich täglich in der Realität: in vielen Weltregionen, die für den rasch steigenden CO₂-Anteil in der Atmosphäre nicht verantwortlich sind, wird das Leben von der Natur, in Form von Landwirtschaft, Fischen, Brennholz sammeln und das Leben durch die Natur wie etwa Dürren, Überschwemmungen, Extremstürme immer schwieriger. Betroffen davon sind die Menschen in einer Region, aber anpassungsfähig bzw. widerstandsfähig sind nur jene, die entsprechende Ressourcen haben. Ein großer Anteil der Weltbevölkerung gehört jedoch nicht zu dieser Gruppe, sondern lebt auch heute noch von der Subsistenz- oder Semisubsistenzwirtschaft.³ Diese Agrarformen leisten einen wichtigen Beitrag als Armutspuffer und für die ökologische Landnutzung. Brechen sie weg, müssen sich die Menschen Alternativen suchen.



Dementsprechend mehren sich die Studien über die zu erwartende Fluchtbewegungen, die erzwungene Migration, wenn in Lateinamerika, im südlichen Afrika und in Südasien Regionen schwer oder gar unbewohnbar werden. Während die konkreten Prognosen über das Ausmaß variieren, sind sie in der Tendenz eindeutig: in den nächsten Jahrzehnten werden Hunderte Millionen Menschen in andere Regionen im eigenen Land oder in die Nachbarländer flüchten müssen. Dort, wo sie hingehen, werden sie, vor allem in städtischen Gebieten, den Bevölkerungsdruck auf die natürlichen Ressourcen, auf den Arbeitsmarkt und die (nur teilweise vorhandenen und funktionalen) Sozialsysteme erhöhen.

Klimaerhitzung, Flucht/Migration, soziale Krise und weitere Umweltzerstörung stehen also in Wechselwirkung zueinander, eine Abwärts- oder Eskalationsspirale.

Krise multilateraler Institutionen

Mit den 17 Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) der UN-Agenda 2030 hat die Weltgemeinschaft 2015 zentrale globale Herausforderungen identifiziert: von der Armutsbekämpfung, über die Geschlechtergerechtigkeit, die menschenwürdige Arbeit, den Schutz der Umwelt bis hin zum friedvollen Zusammenleben u.v.m. Die Menschheit steht als Ganzes vor großen Problemen, die sich durch die Klimakrise verschärfen werden, wenn nicht eben diese Weltgemeinschaft konsequent und engagiert handelt. Alle zentralen sozialen Fragen müssen international gelöst werden, weil die Ursachen der Probleme, deren Zusammenhänge und die staatlichen Abhängigkeiten, etwa bei den Rohstoffen, im Warenverkehr oder in der Finanzwirtschaft international sind. Aber gerade in Krisensituationen ist der soziale und daher auch politische Orientierungsrahmen

meist eng, weil überschaubar und vermeintlich gestaltbar. Die europäische oder gar die internationale/multilaterale Ebene werden dann seltener als Ressource gesehen und gepflegt. Im Gegenteil erleben wir derzeit eine Krise der multilateralen Institutionen. Hinzu kommen erwartbare wegfallende gesellschaftliche und politische Teilhabemöglichkeiten für die von Klimafucht und /oder steigender Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen und damit auch deren Unsichtbarkeit auf nationalstaatlicher Ebene. Selbst die aktuelle Pandemie konnte dem Multilateralismus bislang helfen: Einerseits hat die weltweite Betroffenheit durch COVID19 die globale Verwobenheit der Gesellschaften verdeutlicht, andererseits handelten viele Länder zunächst national. Selbst in der EU wurden Strategien nebeneinander und in relativer Abschottung entwickelt, was die europäischen Gremien hilflos erschienen ließ.

Die Zeit drängt

In Laudato si heißt es: „*Leider herrscht eine allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber diesen Tragödien, die sich gerade jetzt in bestimmten Teilen der Welt zutragen. Der Mangel an Reaktionen angesichts dieser Dramen unserer Brüder und Schwestern ist ein Zeichen für den Verlust jenes*

Verantwortungsgefühls für unsere Mitmenschen, auf das sich jede zivile Gesellschaft gründet.“ (LS 25)

Um dieser Gleichgültigkeit entgegenzuwirken, arbeiten u.a. internationale Organisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Umwelt daran, lokale Realitäten international sichtbar zu machen, um die Forderung nach mehr Klimaschutz zu untermauern sowie solche wirtschaftliche Initiativen zu verhindern, welche die jetzige Situation vor Ort noch weiter zu verschlimmern drohen. Und obwohl mittlerweile die Klimakrise weltweit als Risiko gesehen wird, passiert zu wenig und das zu langsam, um mehr Klimagerechtigkeit herzustellen: Es bedarf einer großen Transformation hin zu einer klimaverträglichen und nachhaltigen Lebensweise. Je länger wir damit warten, desto teurer, schmerzhafter und im Zweifel undemokratischer und gewaltvoller wird sie werden. Die sozialen Fragen der Zukunft werden die gleichen sein wie heute, nur die Anzahl der Betroffenen und die weltweite Verbreitung wird zunehmen. Und deshalb ist es extrem dringlich, sich ihrer Lösung anzunehmen. Und das nicht anstatt Klimaschutz, sondern parallel dazu.

¹ <https://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/kippelemente>

² <https://ipbes.net/>

³ <https://www.weltagrabericht.de/themen-des-weltagraberichts/baeuerliche-und-industrielle-landwirtschaft.html>



Anja Appel

ist Politikwissenschaftlerin. Von 2007 bis 2018 war sie bei der Katholischen Frauenbewegung Österreichs tätig. Seit März 2018 ist sie Geschäftsführerin der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO).

degrowth



Wachstum ist kein Ziel

Der Zweck wirtschaftlichen Handelns besteht darin, Güter und Dienstleistungen zu produzieren um Bedürfnisse zu decken. Mehr zu produzieren ist sinnvoll, wenn dies zur Entfaltung des ganzen Menschen beiträgt. Ein Wachstum der Produktion ist notwendig, wenn gesellschaftliche Grundbedürfnisse anders nicht gedeckt werden können (z.B. durch Umverteilung). Ein solches Wachstum ist möglich, sofern Ressourcenverbrauch und Abfälle nicht die menschliche Umwelt, künftige Generationen und andere Arten schädigen.

Wirtschaftswachstum als solches ist kein vernünftiger und moralisch legitimer Zweck. Dieser Begriff bezeichnet die undifferenzierte Zunahme des gesamten Produkts einer Volkswirtschaft und lässt offen, welche Produktion genau für wen und warum wächst. Empirisch geht Wirtschaftswachstum zudem stark mit einem wachsenden Verbrauch an Ressourcen einher. Es ist aus theoretischen Gründen auch nicht zu erwarten, dass sich das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch dauerhaft und global entkoppelt. Das Produktionsniveau reicher Länder lässt sich nicht verallgemeinern. Dort muss die Produktion im Ganzen zurückgehen, wenngleich sie in Teilbereichen wachsen kann.

Die Debatte um Postwachstum tritt dafür ein, Wirtschaft von den Bedürfnissen her neu zu denken, und nicht vorauszusetzen, dass die Gesamtproduktion wachsen muss. Dafür ist es notwendig, die kapitalistische Wirtschaftslogik zu hinterfragen, die sich am Profit orientiert und die Konkurrenzfähigkeit in den Vordergrund stellt.



Andreas Exner
ist Ökologe und Publizist. Er war Schasching-Fellow der ksoe und leitet das Regional Center of Expertise Graz-Styria, Uni Graz.



Wachstum auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft

So könnte Europa ökologische und soziale Nachhaltigkeit (wieder)gewinnen: Der gesamte Gebäudebestand in der EU wird zu einem Produzenten erneuerbarer Energie durch Wärmedämmung und Photovoltaik. Der Flugverkehr wird radikal eingeschränkt durch Schaffung eines transeuropäischen Netzes von Hochgeschwindigkeitszügen. Der Individualverkehr wird in Ballungsräumen auf (verbesserte) „Öffis“ verlagert, anderswo kommen Elektro-Fahrzeuge zum Einsatz. Wo der Güterverkehr nicht auf die Schiene verlagert werden kann, kommen Wasserstoff-LKWs zum Einsatz. Auch in der Industrie werden fossile Rohstoffe durch Wasserstoff ersetzt. Dieser wird durch massiven Ausbau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen produziert.

Gleichzeitig wird ein in der EU gültiger und überdurchschnittlich steigender Preispfad für Erdöl, Kohle und Erdgas festgelegt. Dieser erhöht die Profitabilität aller Investitionen in die Reduktion von CO₂ und stellt sicher, dass das mit der Umsetzung der Mega-Projekte verbundene Wirtschaftswachstum (von gut 3%) keine zusätzlichen Emissionen verursacht.

Ein solches „green growth“ ermöglicht die Wiedergewinnung echter Vollbeschäftigung (ohne prekäre Jobs) und den Ausbau des Sozialstaats. Dann könnte die Wirtschaft in Europa zu einem Mini-Wachstum übergehen, kombiniert mit einer permanenten Verkürzung der Lebensarbeitszeit, um trotz technischem Fortschritt Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten.



Stephan Schulmeister
ist Jurist und Ökonom. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter beim WIFO. In seinen Publikationen übt er Kritik am Neoliberalismus.

Künstliche Intelligenz und Co: Eine sozial-ökologische Frage

Maschinelles Lernen, Deep Learning, neuronale Netze – viele Unternehmen in Österreich wollen bei den neuesten Anwendungen ganz vorne dabei sein. In manchen Bereichen gibt es bereits leistungsfähige Tools, allen voran Sprach- bzw. Texterkennung und maschinelles Sehen. Intelligent sind diese Technologien vielleicht noch nicht, der deutsche Schriftsteller Volker Strübing nennt sie „künstliche Fachidioten“. Die Bestrebungen sind groß, künstliche Intelligenz (KI) weiterzuentwickeln und anzuwenden. Begründet wird das mit der notwendigen Attraktivität des Wirtschaftsstandorts: „Die Technologie kommt ohnehin, wir müssen mitmachen“, so der Tenor.

Wie Experte Lukas Daniel Klausner von der FH St. Pölten betont, bringen hochkomplexe KIs, die möglicherweise nicht unbedingt gebraucht würden, allerhand Probleme mit sich. Die Mathematikerin Paola Lopez beschreibt das so: Wer sich zur Abwehr einen Tiger ins Haus holt, muss sich zwar nie mehr vor einem Einbruch fürchten, bekommt dann aber auch keine Post oder Besuch mehr. Neben großen sozialen Umwälzungen, die Künstliche Intelligenz-Anwendungen auslösen – drohende Automatisierung von Jobs, Überwachung und Kontrolle, der „gläserne Mensch“, Datenmonopole digitaler Leitunternehmen, um nur einige zu nennen – spielen die Spitzentechnologien auch eine Rolle in der Klimakatastrophe.

Rechenleistung belastet die Umwelt

So wie der Straßenverkehr hat auch der Datenverkehr rasant wachsende Auswirkungen auf die Umwelt. Wer die Chancen der Digitalisierung für die Umweltbewegung zum Beispiel in Blockchain-Technologien sieht, übersieht oft, dass für die Bewältigung der Klimakrise nur noch zehn Jahre Zeit bleiben. Die Blockchain-basierte digitale Währung Bitcoin verursacht zum Beispiel so viel CO₂ wie ganz Jordanien. Der Betrieb des Internets verursacht in Deutschland bereits jetzt etwa 33 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen im Jahr, so viel wie der innerdeutsche Flugverkehr. Global liegt der Anteil der Informations- und

Kommunikationstechnologien am CO₂-Ausstoß bei 3,7 Prozent. Er könnte sich bis 2025 aber auf acht Prozent verdoppeln, und damit den heutigen Ausstoß aller PKWs und Motorräder der Welt erreichen.

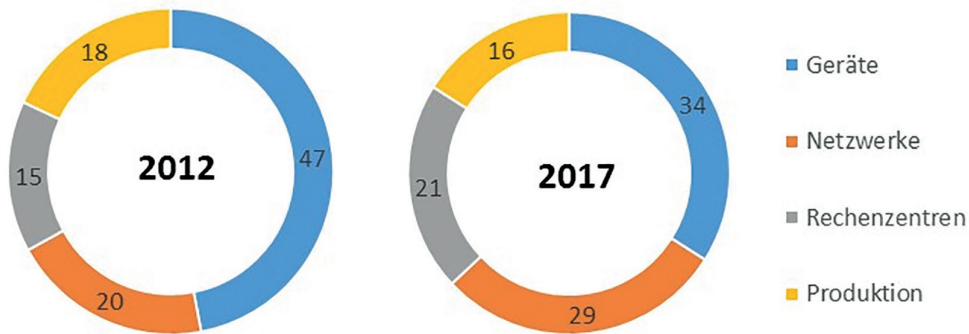
Gerade KI-Prozesse wie Spracherkennung oder Navigation brauchen besonders viel Netzwerktechnik und Rechenleistung. Ausschlaggebend für den Fußabdruck des Internets ist auch der Datendurchsatz, also die Übertragung von Daten zwischen Maschinen. Vernetzte Computer kommunizieren permanent mit Datenzentren, also mit der „Cloud“. Vorsichtige Berechnungen prognostizieren alle 20 Monate eine Verdopplung der globalen Datenmenge.

Die Amazon Web Services (AWS) Cloud hält mit einem Marktanteil von 30 Prozent die Daten führender Digitalunternehmen wie SAP, Airbnb, Netflix und Tausender anderer und ist für diese überlebenswichtige Infrastruktur geworden. Gleichzeitig sind die Tech-Giganten übrigens auch bemüht, sich möglichst große Teile des Internets, also der Leitungsnetze, zu kaufen, denn erst das ermöglicht eine effektive Nutzung der Cloud durch beschleunigte Datentransfers. Im Prinzip ist das so, als würden ein paar Unternehmen eigene Straßen bauen bzw. kaufen, um auf diesen dann Maut zu kassieren.

Große Datenzentren haben zwar eine höhere Energieeffizienz als Vor-Ort-Lösungen. Allerdings werden die Einsparungen direkt durch den steigenden Gebrauch getilgt, da immer mehr Maschinen miteinander Daten austauschen. In den sogenannten Serverfarmen stehen unzählige Rechner aneinandergereiht, der Stromverbrauch für Betrieb und Kühlung ist enorm. Darüber hinaus benötigen die vernetzten Sensoren und Steuerelemente nicht nur Energie und Strom, sondern auch mineralische Rohstoffe. Die Kombination verschiedener Materialien in geringen Mengen erschwert das Recycling und ein nachhaltiges Lieferkettenmanagement.

Hauptkomponenten des Stromverbrauchs für den IT-Sektor in %

Quelle: Greenpeace Studie "Clicking Clean 2017"



Solche Rebound-Effekte treten bei der Digitalisierung immer auf. Während der Energieverbrauch im Verhältnis zur Rechenkapazität sinkt, steigt der Energie- und Materialfluss ständig. Das liegt daran, dass gleichzeitig die Technologie erweitert und verbreitet wird. Fortschritte an Rechenleistung, Speicherdichte und Energieeffizienz werden auch durch die Softwareevolution aufgesogen, zum Beispiel, wenn Monitore obsolet werden, weil die neue Betriebssystemversion sie nicht mehr unterstützt. Empirisch führen technische Fortschritte nicht zur Verschlankeung von Betriebssystemen, Software oder Hardware-Komponenten. Der Rebound-Effekt folgt einer kapitalistischen Grundlogik: Künstliche-Intelligenz-Anwendungen dienen der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Je effizienter unsere Produktion wird, desto mehr müssen wir aber konsumieren, um noch genug Arbeit für alle zu haben.

Neue Technologien: eine Verteilungsfrage

Der Vergleich von Technologien mit Straßennetzen hat auch in diesem Hinblick einen gewissen Charme: Infrastruktur, die gesellschaftliches Zusammenleben und Produktion ermöglicht, muss unter demokratische Kontrolle gebracht werden. Die Produktivitätsge-

winne aus der Digitalisierung müssen gerecht verteilt werden. Technologien, die einer Effizienzsteigerung dienen, helfen bei Aneignung des sogenannten relativen Mehrwerts. Einfach gesagt bedeutet das, dass mehr Arbeit in der gleichen Zeit erledigt werden kann. Wenn diese Effizienzsteigerung nicht zu einer Arbeitszeitverkürzung führt, profitiert von ihr nur der Arbeitgeber, da in der gleichen Zeit mehr produziert und auch verkauft werden kann. Die Technologie führt so zu einer Umverteilung weg von Arbeit hin zu Kapital. Die Digitalisierung kommt auch mit einer zunehmenden Finanzmarktorientierung einher. Weil Kapitaleinkommen immer wichtiger werden, geraten Arbeitseinkommen auch so zunehmend unter Druck.

Auch die Zerstörung der Umwelt durch die Technologie wie oben beschrieben muss endlich als Verteilungsfrage diskutiert werden. Während nur wenige von der Produktivitätssteigerung durch Technologie profitieren, sind alle von den Konsequenzen betroffen. Sollte sich eine Technologie als Tiger entpuppen und mehr Schaden als Nutzen anrichten, müssen wir diese auch aufgeben können.

Dieser Beitrag basiert auf einer originalen Veröffentlichung auf dem Arbeit & Wirtschaft Blog vom 15. Juni 2020.



Astrid Schöggel
ist Referentin für Digitales in der AK Wien.

Kann man das Internet klimafreundlich nutzen?

Rund 4 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen entstehen durch Internetnutzung, denn die Server und Rechenzentren, die dafür laufen müssen, verbrauchen viel Energie.

Aber auch für EndkonsumentInnen gibt es Tipps, um Energie einzusparen. Zum Beispiel

- Gespeicherte E-Mails fressen Strom, also ist es ratsam, von Zeit zu Zeit den Posteingang zu „entrümpeln“
- Laut einer Greenpeace-Studie verbraucht das weltweite Cloud-Computing mehr Strom als ganz Deutschland. Also auch in der Cloud regelmäßig aufräumen und Unnützes löschen
- Filme und Serien mit geringerer Auflösung ansehen (kleinerer Bildschirm = weniger Energie)
- Streamen über WLAN ist klimafreundlicher, als Serien im Mobilfunknetz zu schauen
- E-Mail-Anbieter und Suchmaschinen aussuchen, die mit weniger Servern arbeiten
- Suchanfragen generell reduzieren und zielgerichtet suchen. Jede Abfrage kostet Energie.
- Werbeblocker verhindern, dass unerwünschte Inhalte automatisch übertragen werden und senken dadurch den Ressourcenverbrauch



Ob es das wirklich bringt? Allerdings. Eine Abfrage bei Google, der bekanntesten Suchmaschine weltweit, verbraucht nach Angaben des Unternehmens etwa 0,0003 Kilowatt Strom. Mit zweihundert solcher Suchanfragen wird damit ähnlich viel Energie benötigt, wie für das Bügeln eines Hemdes. Nun verarbeitet Google aber angeblich 3,8 Millionen Abfragen pro Minute, was sich zu einem jährlichen Energieverbrauch summiert, der etwa so hoch ist wie jener einer Millionenmetropole.

Es gibt aber auch alternative Suchmaschinen wie etwa Ecosia oder Gexsi, die den enormen Strombedarf kompensieren. Dabei spenden CO₂-Verursacher Geld an Organisationen, die klimafreundliche Projekte finanzieren und so an anderer Stelle Emissionen einsparen. Bei komplexen Suchanfragen kommen sie an die Google-Leistung nicht voll heran, aber für einfache Abfragen werden sie von Profis als gute Alternative empfohlen.

Ist Streamen schlimmer als Fliegen?

Im Jahr 2018 produzierten Streaming-Plattformen wie Netflix, Prime Video, Disney+ etc. rund 102 Millionen Tonnen CO₂. Zusammen mit Social Media Plattformen waren es sogar 300 Millionen Tonnen. Mittlerweile verursachen Digitaltechnologien schon vier Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen - Tendenz steigend. Das ist mehr als der zivile Luftverkehr ausmacht.

Infos: <https://theshiftproject.org/en/article/unsustainable-use-online-video>



Daniela Ebeert

ist studierte Wirtschaftswissenschaftlerin und Kommunikationsexpertin



Gerechtigkeit und Schöpfungsverantwortung: „fair hoch 5“ :
20 Vorarlberger Pfarren arbeiten daran

Weiterlesen:
www.kath-kirche-vorarlberg.at/themen/fairleben/fair-und-solidarisch-leben-1
www.schoepfung.at

VORARLBERG

Fünf Schritte zur fairen und ökologischen Pfarre

e5-Gemeinden – also Gemeinden, die sich in besonderer Weise Energieeffizienz und nachhaltigem Handeln verschrieben haben – sind in Österreich vielen bekannt.

f5-Pfarrgemeinden in Vorarlberg ist das entsprechende kirchliche Pendant dazu: F steht dabei für „fair“ und beschreibt den Kern des Projekts. Ausgehend von der Umweltzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus hat unsere Diözese Leitlinien zu einem schöpfungsverantwortlichen und gerechten Umgang in kirchlichen Einrichtungen erarbeitet.

Wir als Kirche können unseren Beitrag leisten, uns und andere motivieren und Vorbild sein. Mit Hilfe der fünf Bereiche: Team & Bewusstseinsbildung, Energie, faire & ökologische Beschaffung, Mobilität und kirchliche Ressourcen, sind Pfarren eingeladen, kleine und größere Schritten zu machen.

Dabei gibt es kein Schema „f“, sondern je nach Situation und Möglichkeiten, gilt es zuerst zu schauen wo man steht. Es geht daher auch nicht gleich darum, viele und große Projekte mit viel Arbeit umzusetzen, sondern im alltäglichen Tun das Eine oder Andere auszuprobieren.

Ob bei der umweltfreundlichen Reinigung des Kirchenbodens oder der Fenster, bei einem partnerschaftlichen Gartenprojekt mit einem Kindergarten, beim Einkauf von fair-trade Produkten, der Anschaffung eines E-Autos oder einer Photovoltaikanlage oder dem Umstieg auf Glaslichter in Kirchen und Friedhöfen, bis hin zu Filmvorführungen zum Thema Umweltschutz, der Kreativität in diesem Bereich sind kaum Grenzen gesetzt.

Dabei werden die Pfarren inhaltlich und sogar finanziell durch die Diözese unterstützt.



Jürgen Mathis
ist Mitarbeiter der Initiative „einfach.fair. leben.“, Umweltbeauftragter der Diözese Feldkirch

Klimapolitik für Armutsbetroffene

Über die Notwendigkeit, Klima- und Sozialpolitik gemeinsam zu denken

Folgender Artikel beschäftigt sich mit Klimapolitik aus einer sozialpolitischen Perspektive. Wir möchten darin einen kurzen Überblick über Zusammenhänge zwischen Klima- und Sozialpolitik geben. Anhand aktueller klimapolitischer Maßnahmen argumentieren wir, dass diese stets mit sozialpolitischen Maßnahmen verbunden werden müssen, um eine Benachteiligung von armutsgefährdeten oder einkommensarmen Haushalten zu vermeiden.

Nach einer grundsätzlichen Erläuterung der sozialen Dimension der Klimakrise werden die Themenbereiche CO₂-Steuer, Mobilität und Wohnen näher beleuchtet. Der letzten Abschnitt behandelt einige konkrete Vorschläge zur Verknüpfung sozial- und klimapolitischer Maßnahmen.

Von Umweltgerechtigkeit zu Klimagerechtigkeit

Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen, d.h. wie stark die Betroffenheit von Umweltbelastungen mit dem sozialen Status bzw. Einkommen korreliert, wird unter dem Begriff der „Umweltgerechtigkeit“ (environmental justice) diskutiert. Eine Vielzahl an Studien belegt, dass einkommensarme Haushalte stärker von Umweltbelastungen betroffen sind (Ökobüro 2016). Während sie im Verhältnis wenig zur Verschärfung der Klimakrise beitragen, sind sie in höherem Maß den Auswirkungen, wie Lärmbelastung, Hitze, Luftverschmutzung und Innenraumbelastungen wie zum Beispiel Schimmel und Feuchtigkeit, ausgesetzt. Unter anderem deshalb, weil sie nicht über ausreichend Ressourcen (Bildung, Einkommen, soziales Netzwerk, etc.) verfügen, um diese Belastungen zu vermeiden oder abzufedern.

Der Begriff der Klimagerechtigkeit bezieht sich zwar gleichermaßen auf die Prinzipien der Umweltgerechtigkeit, weitet das Feld jedoch aus, indem neben den Umwelt- auch die Klimabelastungen aufgegriffen werden. Klimagerechtigkeit meint „den Umgang mit den Ursachen, Folgen und Kosten des menschengemachten Klimawandels zu regeln, ohne dabei bestimmte soziale Gruppen zu benachteiligen“ (Bohnenberger / Fritz 2020: 269).

Wer von Klimawandel spricht, darf über Ungleichheit nicht schweigen

Genau genommen, sind die Wohlstandsstrategien des globalen Nordens nicht auf alle Menschen verallgemeinerbar. Sie basieren auf unwürdigen und fossilen Produktionsbedingungen, der Ausbeutung von Arbeitskräften, sowie einem übermäßigen Energie- und Ressourcenverbrauch. Dennoch beruht Klimapolitik bisher auf dem „weiter wie bisher“, nur eben ein bisschen „grüner“.

Innerhalb der letzten 25 Jahre (im Zeitraum 1990 – 2015) kam es so zu einer Verdoppelung der klimaschädlichen weltweiten Emissionen. Hierfür sind insbesondere die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung verantwortlich (Oxfam 2020). Auch in Österreich tragen die Top-Vermögenden des Landes überproportional zur Klimazerstörung bei:

- Die reichsten 10 Prozent der in Österreich lebenden Menschen verursachen rund doppelt so viel klimaschädliche Emissionen wie österreichische Durchschnittsverdienende.

- Klafft das Einkommen weiter auseinander, wird die Ungleichheit noch größer: Die reichsten zehn Prozent der österreichischen Bevölkerung verursachen mehr als viermal so viel Treibhausgase wie die ärmsten zehn Prozent (Greenpeace 2020).

Die Klimakrise als soziale Krise

Wie auf globaler Ebene vor allem Menschen aus unteren Einkommenschichten mit den Folgen der Klimaerwärmung – klimabedingten Naturkatastrophen, Dürre, Überschwemmungen – konfrontiert werden, sind auch hierzulande Menschen mit geringem Einkommen stärker betroffen. Zum Beispiel von den verstärkt auftretenden Hitzewellen, da die finanziellen Mittel fehlen, um Wohnraum energieeffizienter zu machen, veraltete und energiefressende Geräte auszutauschen oder Außenjalousien anzubringen. Dabei sind besonders Kleinkinder, ältere und kranke Personen gefährdet (Armutskonferenz 2020). Armutsbetroffene leiden fast doppelt so häufig unter einem sehr schlechten Gesundheitszustand oder einer starken Beeinträchtigung wie



der Gesamtdurchschnitt der österreichischen Bevölkerung. Auch von chronischen Krankheiten sind sie häufiger betroffen. In Summe verkürzt Armut die Lebenserwartung um rund 10 Jahre, bei Wohnungslosigkeit sogar um 20 Jahre (Statistik Austria 2019).

Ebenso benachteiligen klimapolitische Maßnahmen einkommensarme Haushalte, sofern sie höhere Kosten für klimaschädliches Verhalten vorsehen (Stichwort CO₂-Steuer) und dabei den sozialen Ausgleich verabsäumen. Haushalte mit geringem Einkommen haben verhältnismäßig höhere Ausgaben, um ihre Grundbedürfnisse zu decken: Das unterste Einkommenssegment gibt rund 45% seines

Einkommens für Wohnen bzw. Ernährung aus, während die Kosten beim obersten Einkommenssegment nur 33% ausmachen (Statistik Austria 2020: 91). Armutsgefährdete Personen sind also von diesen zusätzlichen Steuern oder Ausgaben verstärkt und existenziell betroffen. Das zeigt sich insbesondere auch beim Thema CO₂-Steuer.

CO₂-Steuer sozial abfedern

Die Idee der CO₂-Steuer ist, durch höhere Preise für Treibstoffe und Heizmaterial die Emissionen von Kohlenstoff und anderen Treibhausgasen zu reduzieren, weil viele dann eher darauf verzichten oder sich Alternativen suchen. Neben Zweifeln über die tatsächlichen „Lenkungseffekte“ einer solchen Steuer stellt sich die Frage, inwiefern es gerade für Menschen mit geringen Einkommen möglich ist, auf Alternativen zurückzugreifen (Stichwort Ölheizungen oder Öffis im ländlichen Raum). Der zweite positive Effekt von CO₂-Abgaben sind zusätzliche Steuereinnahmen, die zielgerichtet für ökologische und verteilungspolitische Maßnahmen verwendet werden können. Problematisch ist jedoch, dass eine CO₂-Abgabe nur schwer progressiv gestaltet werden kann, da sie keinen direkten Bezug zu Einkommen und Vermögen hat, also Besserverdienende nicht automatisch höhere Abgaben bezahlen.

Ganz im Gegenteil sind einkommensarme Haushalte proportional stärker von derartigen Abgaben betroffen, da sie einen größeren Anteil ihres Einkommens für Energie und Mobilität ausgeben. Eine zentrale Frage ist daher, „wie eine verteilungspolitische Schieflage durch eine finanzielle Rückerstattung der Einnahmen in einen progressiven Verlauf geändert werden kann, sodass Haushalte mit niedrigen Einkommen entlastet werden, aber der Lenkungseffekt erhalten bleibt“ (Schlager 2019: 86). Also wie hoch kann/soll die finanzielle Rückerstattung sein, ohne die Steuer klimapolitisch nutzlos zu machen.

Ein konkreter Vorschlag ist, den Ausgleich über eine „Kopfpauschale“ zu organisieren, d.h. pro Kopf erhält jede*r Bürger*in einen bestimmten, gleich hohen Betrag. Jene, die viel verbrauchen, haben Mehrkosten, jene die wenig verbrauchen, können tatsächlich Geld einsparen. Wie Berechnungen zeigen, würden dadurch aber vor allem größere Haushalte (Familien), Menschen, die in Städten leben und technisch gut ausgestattete Haushalte gewinnen, während tendenziell die Landbevölkerung mit alten Heizsystemen und

schlecht isolierten Häusern verliert (Heckendorf /Nienhaus 2019). Aufgrund dieser Benachteiligungen scheint eine allgemeine Kopfpauschale problematisch.

Bernhofer (2019) ist generell skeptisch, dass sich die „sozialen Verwerfungen“, die durch eine CO₂-Steuer entstehen, vermeiden lassen. Er spricht sich dafür aus einkommensschwache Haushalte gezielt durch „Anpassungsinvestitionen“ zu unterstützen, also zum Beispiel einkommensabhängige Förderung von Heizungstausch, und Boni für Öffis. Trotz der politischen Aktualität des Themas sind konkrete Modelle zur Organisation eines sozialen Ausgleichs Mangelware.

Wohnen & Heizen als „Überlebenssthema“

Leistbares Wohnen ist für armutsgefährdete und -betroffene Personen ein zentrales (Über-)Lebenssthema. Steigende Wohnpreise und fehlende adäquate Wohnraumangebote steigern den Druck. Bereits im jetzigen System haben armutsbetroffene Haushalte nicht ausreichend Zugang zu Energie bzw. können diese nicht im notwendigen Umfang verwenden (Stichwort: Energiearmut). Dieser Zustand wird sich durch Umstieg auf erneuerbare Energien noch verstärken. Die Schwierigkeiten liegen einerseits in hohen Energiekosten verbunden mit Nachzahlungen und Schuldenproblematik, andererseits am teils geringen Energieverbrauch aufgrund persönlicher Einschränkungen mit der Folge von z.B. kalten Wohnräumen.

Hinzu kommt, dass die solidarische Finanzierung des Energiesystems immer mehr untergraben wird – vor allem für einkommensarme Haushalte ein Problem, weil sich gutverdienende Haushalte aus dem System herausnehmen und sich dadurch die Kosten für alle anderen erhöhen. Thermische Sanierung und Energieeffizienz sind aber ein wesentlicher Schlüssel für energiearmutsbetroffene Haushalte. Sie ermöglichen die Reduktion des Energieverbrauchs und so viel Energie zu nutzen wie tatsächlich gebraucht wird.

Energieversorgung und sozial gerechte Wohnbedingungen können nicht voneinander getrennt werden. Das wird besonders bei Mietwohnungen mit Substandard, Überbelag, Feuchtigkeit, Schimmel, Kälte und Hitze, schlechtem Licht oder schlechter Luft deutlich. Energieeffizienz kann nicht nur von den Mieter*innen gefordert werden, sondern muss bei Bausubstanz, Renovierungen, Erneuerungen und anderen Vermieter*innen-relevanten Verbesserungen

ansetzen. Wenn armutsbetroffene Menschen im Eigentum leben, haben sie zumeist nichts von den Förderungen und finanziellen Unterstützungen, da diese nur auf Menschen mit Einkommen über der Mindestsicherungsgrenze abzielen und in den Bundesländern sehr unterschiedlich geregelt sind. Hier braucht es Förderungen oder faire Zuschüsse bei geringen Einkommen, um energie- und klimaeffizientere Erneuerungen und Verbesserungen vorzunehmen. Es braucht dafür politischen Willen, gesetzliche Änderungen und verpflichtende Umsetzungsmaßnahmen. Konkret geht es insbesondere um langfristige Renovierungsstrategien, klare Spielregeln für einkommensabhängige Förderungen (mit entsprechend hohen Zuschüssen für einkommensarme Haushalte) sowie die politischen und gesetzlichen Bedingungen, um zu verhindern, dass Mieten und Betriebskosten für Mieter*innen nach einer Renovierung angehoben werden.

Klimafreundliche und inklusive Mobilität ist keine Frage von Elektroautos

Die exzessive Nutzung von motorisiertem Individualverkehr gilt im ländlichen Bereich als normal, ist infrastrukturell bevorzugt und stößt auf breite Zustimmung. Da das Auto in allen Einkommensgruppen das häufigste Fortbewegungsmittel ist und das motorisierte Verkehrsaufkommen steigt, verzeichnen wir in diesem klimarelevanten Sektor eine Emissionszunahme von rund 70 % seit dem Referenzjahr 1990. Tendenz steigend.

Selbst wer eine solche Fortbewegung nicht als normal empfindet, wird strukturell, aufgrund von fehlendem öffentlichen Verkehr, zur Nutzung des Autos gezwungen (forced ownership). Denn Infrastrukturen wie Straßen, aber auch Termine und Arbeitszeiten, die nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln vereinbar sind, erfordern motorisierten Individualverkehr. Für Menschen mit geringem Einkommen ist hier die Leistbarkeit das Problem.

Von Mobilitätsarmut betroffen zu sein bedeutet nicht nur nicht von A nach B zu kommen. Sie beinhaltet die Einschränkung der Mobilität von Menschen aufgrund struktureller – Fehlen von Verkehrsmitteln und –infrastruktur – oder individueller Gegebenheiten. Welche Art der Fortbewegung als leicht erscheint, ist abhängig von der vorge-

fundenen Infrastruktur und Mobilitätskultur. Wie einfach Mobilität zu bewerkstelligen ist, hängt auch davon ab, wo man wohnt und ob alltägliche Bedürfnisse wie Einkaufsmöglichkeiten, Post, Kindergarten usw. ohne Auto leicht erreichbar sind. Im ländlichen Raum sind öffentliche Verkehrsmittel oft kaum bzw. nur in unzureichender Frequenz verfügbar, besonders zeitaufwändig und kostenintensiv. Es ist meist notwendig, ein Auto zu besitzen, um überhaupt mobil zu sein.

Für Haushalte mit geringem Einkommen zeigt sich in einer WIFO Studie aus dem Jahr 2016, dass die für Mobilität anfallenden Kosten überdurchschnittlich hoch sind. Insgesamt liegen die durchschnittlichen Mobilitätskosten als Anteil am verfügbaren Einkommen bei rund 15% (470 Euro). Beim untersten Einkommensdrittel waren es mit durchschnittlich 172 Euro monatlich etwas mehr als 16%; für jene, die ein Auto besitzen sogar mehr als 20%.

Es zeigt sich, dass wir mit dem Vortreiben und Verbessern des derzeitigen Mobilitätsregimes und der derzeitigen mentalen und physischen Infrastruktur, Mobilitätsarmut im Sinne einer klimagerechten Mobilitätswende für alle nicht entgegenreten können. Es ist nicht die Aufgabe von armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Menschen als gutes Beispiel den stigmatisierten öffentlichen Verkehr zu benutzen, während das individuelle Mobilitätsregime weiterhin als selbstverständliche Norm gilt. Es geht darum, jene, die viel emittieren zur Verantwortung zu ziehen und Armutsbetroffene durch Gegenmaßnahmen zu unterstützen.

So wäre ein sozial gestaffeltes 1-2-3-Ticket in Kombination mit subventioniertem Mikroverkehr im ländlichen Raum zu befürworten. Schattige und geräumte Radwege, sowie radfreundliche Ampelschaltungen bei Kreuzungen bevorzugen günstige und klimaneutrale Mobilität. Um die Ausdünnung von Stadt- und Dorfzentren durch den Neubau von Wohn- und Gewerbegebieten im Grünen zu verhindern, müssen übergeordnete Raumnutzungskonzepte mit Kompetenz bei den Ländern liegen.

Klimapolitische Maßnahmen mit progressiver Sozialpolitik verbinden

In den vorangegangenen Abschnitten hat sich zusammenfassend das gezeigt, was auch

Katharina Bohnenberger und Martin Fritz (2020:274) analysieren: „1. Ärmere Menschen und Länder verursachen weniger Umweltbelastungen und Treibhausgasemissionen als reichere. 2. Ärmere Menschen und Länder sind stärker von den Auswirkungen von Umweltverschmutzung und Klimawandel betroffen. 3. Auf ärmere Menschen und Länder werden unverhältnismäßig hohe Kosten der Klima- und Umweltpolitik abgewälzt.“ Auf diese Analyse baut auch die Argumentation dieses Artikels, dass es daher unbedingt notwendig ist, klimapolitische Maßnahmen sozial abzufedern, d.h. mit progressiver Sozialpolitik zu verbinden. Es geht darum, die beiden Ziele Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen zu verfolgen. Anregungen zur konkreten Umsetzung geben Katharina Bohnenberger und Martin Fritz in ihrem Artikel „Sozialpolitik for Future“. Darin erläutern sie, dass es eine Orientierung an Postwachstum bzw. De-Growth-Konzepten braucht, um mit weniger



Ressourcen auszukommen. Ohne ständiges Wachstum ist es in Folge notwendig, die von Wirtschaftswachstum abhängigen sozialen Sicherungssysteme so umzugestalten, dass sie auch ohne permanentes Wachstum die Absicherung bewerkstelligen. Dafür braucht es eine sozialökologische Transformation, die wesentlich dadurch erreicht wird, die Abgaben auf Erwerbsarbeit zu senken und stattdessen Steuern auf Energie und Treibhausgas-Emissionen zu erhöhen, um dadurch „Anreize für eine arbeitsintensive und ressourcenschonende Wirtschaftsweise zu setzen“ (Ebd.: 278).

Neben einem ökologischen Grundeinkommen stellen Katharina Bohnenberger und Martin Fritz mehrere Gutscheine-Systeme vor. Wechselgutscheine belohnen und unterstützen Übergänge

zu nachhaltigeren Verhaltensweisen (z. B. Gebäudedämmung). Parallelwährungen, z. B. in Form von individuellen Emissionszertifikaten, können sicherstellen, dass jeder Mensch, unabhängig von seiner Zahlungsfähigkeit, das gleiche Anrecht auf gewisse Ressourcen hat (mit dem Vorteil dass sich Reiche nicht „freikaufen“ können). Innovationsgutscheine fördern die Entstehung bestimmter sozialökologischer Institutionen (z.B. Fahrradverleihe, regionale Biokistenanbieter usw.).

Besonders relevant im Zusammenhang mit Armutsbekämpfung erscheinen jedoch bedürfniszentrierte Gutscheine, die „berechtigten zu (ermäßigten) Zugängen zu bestimmten Gütern, z. B. Energie, Nahverkehr und Nahrungsmitteln, um sicherzustellen, dass auch ärmere Bevölkerungsgruppen sich bestimmte notwendige Grundgüter leisten können – auch wenn deren Marktpreise, etwa durch Klimaschutzmaßnahmen, gestiegen sind.“ (Ebd.: 279)

Diese Konzepte zeigen, dass wir viel stärker über bestehende Anreizsysteme hinaus denken und echte Veränderungen zulassen müssen und dass noch viel mehr Auseinandersetzung mit konkreten Lösungsstrategien erforderlich ist. Es braucht neue Wege für eine soziale und ausgrenzungspräventive Klimapolitik, die zugleich eine klimafreundliche und eine sozial gerechte Zukunft für alle ermöglicht.

Quellen:

Bernhofer, Dominik (2019): Die blinden Flecken der CO₂-Steuer. Online: <https://awblog.at/blinde-flecken-der-co2-steuer/> [10.06.2020].

Bohnenbeger, Katharina / Fritz, Martin (2020): Sozialpolitik for Future. Wie nachhaltige Sozialpolitik Klimagerechtigkeit schafft. IN: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33, (1.) S.: 269–281.

Die Armutskonferenz / Ökobüro (2009): Umwelt Sozial BESSER. Umwelt- und Sozialpolitik besser verknüpfen. Online: http://www.armutskonferenz.at/files/wendebro-schuerer_umsobesser_1.pdf [Zugriff: 28.10.2020].

Die Armutskonferenz (2020): Zwei Grad Klimaerwärmung heißt 50 Prozent mehr Hitzetote. Online: <http://www.armutskonferenz.at/news/news-2020/armutskonferenz-zwei-grad-klimaerwaermung-heisst-50-prozent-mehr-hitzetote.html> [Zugriff 28.10.2020].

Greenpeace (2020): Klima Ungerechtigkeit in Österreich. Eine Studie zur ungleichen Verteilung von CO₂-Ausstoß nach Einkommensschichten. Online: https://mobilitaet.greenpeace.at/assets/uploads/assets/uploads/GP_ReportKlimaungerechtigkeitAT.pdf?_ga=2.29525436.2007230043.1600847750-1495766931.1600847750 [Zugriff: 29.09.2020].

Heckendorf, Katharina / Nienhaus, Lisa (2019): Die Klimasteuer. In: *Die Zeit* Nr. 24/2019. Online: <https://www.zeit.de/2019/24/co2-steuer-soziale-gerechtigkeit-kohlendioxid-emissionen-umweltschutz-klimaziele> [Zugriff 10.6.2020].

Köppl, Angela / Schleicher, Stefan / Schratzenstaller, Margit (2019): Fragen und Fakten zur Bepreisung von Treibhausgasemissionen. In: *Kurswechsel* 4/2019, S. 96–101.

Ökobüro (2016): Umwelt und Gerechtigkeit. Wer verursacht Umweltbelastungen und wer leidet darunter? Online: http://www.armutskonferenz.at/files/oeo-buero_umwelt_und_gerechtigkeit-2016.pdf [Zugriff: 28.10.2020].

Oxfam (2020): Confronting Carbon Inequality. Online: <https://www.oxfam.de/system/files/documents/20200921-confronting-carbon-inequality.pdf> [Zugriff 23.09.2020].

Schlager, Christa (2019): Editorial. In: *Kurswechsel* 4/2019, S. 86–87.

Statistik Austria (2019): Messung von registrierter Wohnungslosigkeit. Online: https://bawo.at/101/wp-content/uploads/2019/10/20190329_Till_Messung_von_registrierter_WLK.pdf [Zugriff: 29.10.2020]

Statistik Austria (2020): Tabellenband EU SILC 2019. Online: https://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?Idc-Service=GET_PDF_FILE&dDocName=123283 [Zugriff: 29.10.2020]

AutorInnen:

Laura Allinger, Alexander Brenner, Robert Rybaczek-Schwarz, Miriam Zillner

Die Autor*innen kommen aus unterschiedlichen sozialen Organisationen und sind gemeinsam in der Arbeitsgruppe Sozialpolitik der Armutskonferenz engagiert, die sich unter anderem mit den Auswirkungen des Klimawandels und klimapolitischer Maßnahmen auf armutsgefährdete und einkommensarme Haushalte beschäftigt.

Können wir beim Einkaufen die Welt verändern?

Zur Bewältigung sozialer und ökologischer Herausforderungen im Bereich Lebensmittelproduktion und –distribution wird seit geraumer Zeit die Kooperation zwischen Konsument*innen und Produzent*innen wiederentdeckt. Ein für Österreich neuer Ansatz sind kooperative, partizipative Supermärkte, eine Bewegung, die mittlerweile ganz Europa erfasst hat. In Wien entsteht nach Vorbildern in New York und Paris gerade MILA – Mitmachsupermarkt.

Geht es nach Ökonom*innen oder Agrarpolitiker*innen, kann jede*r von uns die Welt zu einem besseren Ort machen, wenn man im Supermarkt einkauft und dort zu den richtigen Produkten greift: Bio, regional, fair gehandelt. Jene, die es sich leisten können, sollen so die Verantwortung für die Rettung des Planeten übernehmen. Trotz des Trends zu mehr Bio und regionalem Konsum haben alleine in Österreich seit 1995 im Schnitt elf landwirtschaftliche Betriebe pro Tag zugesperrt. Auch für einen Bio-Betrieb bleibt am Ende des Jahres oft zu wenig über, um ein entsprechendes Einkommen für die geleistete Arbeit zu erhalten, die kleinen Betriebe sind vom Druck des „Wachsen-oder-Weichens“ besonders betroffen. Gestaltungsspielraum für Produkte und Preise zu erlangen, ist in der Landwirtschaft kaum möglich. Dass wir diese Probleme nicht individuell lösen können, erscheint völlig klar und einleuchtend: Kooperation zwischen Produzent*innen und Konsument*innen ist daher gefragt.

Konsum abseits der Supermarktketten: Food Coops

Viele kritische Konsument*innen organisieren sich in Österreich seit mehr als zehn Jahren in Einkaufsgemeinschaften (Food Coops). Über ein Online-Bestellsystem kann direkt bei Produzent*innen bestellt werden, die Produkte werden anschließend in ein gemeinsames Lager der Food Coop geliefert und von den Mitgliedern selbstorganisiert den Besteller*innen zugeordnet. Dadurch haben die Produzent*innen eine garantierte Abnahme und eine gebündelte Bestellung. Food Coops verlangen jedoch ein hohes Engagement der Einkäufer*innen - bezahlte Mitarbeiter*innen gibt es nicht. Sie fördern dabei eine aktive Auseinan-

dersetzung mit der Situation der landwirtschaftlichen Betriebe.

Gerade die Diskussion um die Vorherrschaft von Bio-Eigenmarken der drei großen Supermarktketten zeigt überdeutlich: Es besteht dringender Handlungsbedarf! Die Abhängigkeit von bäuerlichen Betrieben und Verarbeiter*innen, in einem der drei Großen gelistet zu werden, wächst. Vor diesem Hintergrund ist es besonders fruchtbar, die Erfahrungen von Food Coops (und auch Erzeuger-Verbraucher-Initiativen) neu zu lesen, weiterzudenken und zu -entwickeln.

Partizipation und Kooperation im Supermarkt

Die Welt des Einkaufens durch kooperative und partizipative Supermärkte zu verändern, ist in Österreich noch weitgehend unbekannt. Das Modell ist in den USA entstanden, in den letzten Jahren wurden auch in einigen Städten in Europa solche Supermärkte eröffnet, so die Kooperative „La Louve“ in Paris oder „Dobrze“ in Warschau. Das Ziel für diese Art der kooperativen und partizipativen Projekte ist es, gutes Essen für tatsächlich alle zur Verfügung zu stellen. Sie sind keine Clubs von „guten Einkäufer*innen“.

Die Park Slope Food Coop in New York

Die Park Slope Food Coop (PSFC) besteht seit mehr als 45 Jahren und betreibt als Genossenschaft mit 17.000 Mitgliedern eine Supermarktfiliale in Brooklyn, New York mit einem Jahresumsatz über 65 Millionen US-Dollar. Wer sie besucht, erlebt diesen Supermarkt als eine große, quirlige, funktionierende Gemeinschaft.

Voraussetzung für den Einkauf ist eine Mitgliedschaft, die sich nach der Höhe des Einkommens richtet und zwischen 10 und 100 \$ beträgt. PSFC ist eine „Mitarbeitskooperative“ - das bedeutet, dass neben den 60 Angestellten jedes Mitglied alle 4 Wochen genau 2 Stunden und 45 Minuten unbezahlte Arbeit einbringt und sich von dieser nicht freikaufen kann: Käse aufschneiden, Regale einschichten, Saubermachen, Lieferungen entgegennehmen; etwa 75% der anfallenden Arbeiten werden von den Mitgliedern erledigt, die gleichzeitig auch Eigentümer sind. Die Arbeitseinsätze sind in fixen Teams organisiert, die sich alle vier Wochen zur selben Zeit am selben Ort treffen. Dadurch wird natürlich einiges an Personalkosten eingespart, was wiederum über niedrigere Preise für die angebotenen hochwertigen Lebensmittel den Mitgliedern zu Gute kommt.

Dieses Konzept der Eigentumsbeteiligung leistet jedoch noch viel mehr, als gutes Essen für Alle anzubieten. Die PSFC ist eine lebendige Institution, in der sich durch das regelmäßige Zusammenarbeiten in Teams Menschen kennen lernen, die sonst nur hintereinander an der Kassa stünden. Es entsteht ein Rahmen, um miteinander in echten Kontakt zu kommen und Gemeinschaftsgeist zu entwickeln. - Denn letztendlich haben alle ein Interesse daran, „ihren“ Betrieb gedeihen zu sehen.

Die angebotenen Produkte reichen von konventionell bis biologisch, von Übersee bis regional und

werden nach den Kriterien Bio, Regionalität, Gesundheit, Fair Trade, Geschmack, aber eben auch dem Preis ausgewählt. Im Eingangsbereich des Supermarkts liegt ein Buch, in dem sich alle Mitglieder Produkte wünschen können. Im Regal bleiben jedoch nur jene Produkte, die auch regelmäßig gekauft werden.

Die PSFC möchte möglichst vielen Menschen eines Stadtviertels den Zugang zu regionalen, gesunden und biologischen Produkten eröffnen. Alle sind willkommen, nicht nur diejenigen, die es sich üblicherweise leisten können. So gelingt es beispielsweise, biologisches Gemüse günstiger anzubieten, als konventionelle Ware im kommerziellen Supermarkt nebenan. Damit steigt die Motivation für jene, die aufs Geld schauen müssen: es wird leistbar, die eigenen Konsummuster zu verändern und dennoch erhebt niemand den moralischen Zeigefinger und bestimmt, wie man einkaufen soll.

MILA - Mitmach Supermarkt startet in Wien

Regional, bio und trotzdem leistbar – das alles will MILA - Mitmach Supermarkt auch in Wien ermöglichen. Der selbstverwaltete und genossenschaftlich organisierte Supermarkt, der gerade in Wien entsteht, orientiert sich an den erfolgreichen Vorbildern in New York und



Paris. Dutzende weitere ähnliche Initiativen entstehen europaweit oder expandieren (so „Dobrze“ in Warschau, wo gerade der dritte Standort eröffnet wird). Die Mitglieder bestimmen das Warenangebot und arbeiten jeweils ein paar Stunden im Monat im Supermarkt mit. MILA sucht derzeit nach weiteren Mitgliedern und einem Standort.

Wie funktioniert MILA?

Mitmach Supermarkt bedeutet, dass MILA seinen Mitgliedern gehören wird und diese ihn selbst gestalten. MILA ist als Genossenschaft geplant, wodurch die Entscheidungen demokratisch bei allen Genossenschaftsmitgliedern liegen. Die Höhe des Genossenschaftsbeitrages wird so gestaffelt sein, dass alle Interessierten, ungeachtet der eigenen finanziellen Möglichkeiten, mitmachen können.

MILA wird das Vollsortiment und die Öffnungszeiten eines herkömmlichen Supermarktes haben. Verkauft werden neben biologisch, regional und von Hand produzierten Lebensmitteln auch Produkte, die man in klassischen Supermärkten findet, sowie besondere Produkte, die von Mitgliedern gewünscht werden. MILA motiviert die Idee, bei all dem einen anderen Weg als die herkömmlichen Supermarktketten zu gehen. Einen Weg, der respektvolle Beziehungen mit Produzentinnen und Produzenten, Regionalität, Umweltschutz, Tierwohl sowie die Verschiedenheit der Bedürfnisse der Mitglieder verfolgt.

Um günstige und faire Preise anbieten zu können, plant MILA bezahlte Arbeit auf das nötige Minimum zu reduzieren. Das ist leicht möglich, wenn alle Mitglieder alle vier Wochen jeweils drei Stunden im Supermarkt mitarbeiten. Das stärkt zugleich die Idee von MILA – als sozialer Ort des miteinander Wirtschaftens, der die traditionelle Bedeutung vom Markt als einen Ort der Begegnung wiederbelebt und an dem jeder Mensch willkommen ist mitzumachen.

Status Quo

MILA - Mitmach Supermarkt ist eine bunte, wachsende Gruppe von Menschen verschiedener Alter aus unterschiedlichen Berufsfeldern. Der im Jänner 2020 gegründete Verein Vor-MILA bereitet die Gründung der Genossenschaft MILA - Mitmach Supermarkt in Wien vor. Vor der Gründung der Genossenschaft will MILA einen Standort finden, finanzielle Unterstützung aufbauen und mehr als 3.000 Mitglieder gewinnen. Interessierte können jetzt Mitglied werden.

Kontakt:

www.mila.wien

www.facebook.com/MILASupermarkt



Julianna Fehlinger

ist Geschäftsleiterin der ÖBV (Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung) und aktiv in der IG-Food Coops

punkt_genau



Helga Kromp-Kolb, österreichische Meteorologin und Klimaforscherin, Mitglied des Wiener Klimarates

Ihre BOKU-Abschiedsvorlesung „Innerhalb der ökologischen Grenzen gemeinsam gut leben“ kann hier angesehen werden: <https://www.youtube.com/watch?v=wcocbG4S-jaQ&feature=youtu.be>

Vor fast genau 5 Jahren wurde die UN-Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Wo sehen Sie Österreich hier stehen und wie zuversichtlich oder pessimistisch macht Sie dieses Bild?

Die österreichische Bundespolitik hat die Agenda 2030 nie ernsthaft aufgegriffen – sie kommt z.B. im gültigen Regierungsprogramm fast nicht vor. Wesentliche Fortschritte sind daher nicht zu erwarten; die abgelieferten Berichte zeichnen bewusst ein überoptimistisches Bild. Man versäumt die Chance, die akkordierten UNO-Ziele als nützliches Instrument zur Steuerung der Politik zu verwenden. Das ist ein Grund, warum wir universitätsübergreifend ein eigenes Projekt (UniNETZ) aufgesetzt haben, zu dessen Zielen es gehört, einen Optionenbericht zur Umsetzung der SDGs für Österreich zu erstellen.

Wie haben die letzten sechs Monate Pandemie hier die Situation (langfristig) beeinflusst?

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben die Situation zweifellos verändert – wobei noch nicht klar ist, in welche Richtung das Pendel ausschlägt. Wenn sich jene Strömungen durchsetzen, die möglichst schnell wieder zum Vor-Corona Zustand zurückkehren wollen, wird die Situation schlimmer sein als zuvor, weil Lock-in Effekte auf hohe Staatsschulden treffen und die politische Kraft für Veränderung auf Jahre hinaus fehlt. Wird die Krise und die neue Macht des Staates genutzt, um die Energie- und Mobilitätswende, Kreislaufwirtschaft und Agrarreform gepaart mit einem neuem Arbeitsverständnis und einem veränderten Finanzsystem umzusetzen, dann kann das ein Sprung vorwärts Richtung Nachhaltigkeit werden, wie er vor einem Jahr noch undenkbar erschien.

Hat nicht ein wirklich ökologischer Ansatz immer eine soziale Dimension und wie sollte man die „soziale Frage in der Klimakrise“ angehen?

Die Entwicklungsziele der UNO können auf eine einfache Formel reduziert werden: Ein gutes Leben für alle innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten. Die ökologische Säule der Nachhaltigkeit ist unsere Lebensgrundlage, die soziale macht das Leben lebenswert. Die wirtschaftliche Säule ist ein Werkzeug, das so gestaltet werden sollte, dass es den beiden anderen Säulen dient.



ZUKUNFTSANGST TRÄGT KEINE ROSAROTE BRILLE.

Machen wir uns stark für einen Sozialstaat, der dir
eine Perspektive gibt, wenn du keine mehr siehst.

WIR-GEMEINSAM.AT

Eine Initiative der ARMUTSKONFERENZ.

„Wirtschaft und materieller Wohlstand können nicht ohne ihre gesellschaftlichen und ökologischen Voraussetzungen gedacht werden.“